

Kandidaturen für den ver.di-Bundesvorsitz

Folgt Frank auf Frank?

Von Herbert Schadewald

Zweifellos wird der gegenwärtige ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske (66) im kommenden September nicht mehr zur Wahl antreten. Damit geht dann der dienstälteste deutsche Gewerkschaftschef von Bord. Im November 2000 übernahm er von Herbert Mai den Vorsitz der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV). Unter seiner Leitung ging sie am 20. März 2001 in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) auf, die Bsirske seither repräsentiert.

In den letzten Monaten befasste sich eine Findungskommission mit den möglichen NachfolgekandidatInnen. Mit allen Landesleitungen und Bundesvorstandsmitgliedern wurden intensive und vertrauliche Gespräche geführt, um geeignete Personalvorschläge zu bekommen. Nicht ohne anzumerken, dass es

tende ver.di-Vorsitzende und Leiter des Fachbereiches 8 (Medien, Kunst und Industrie) Frank Werneke (51), wird sich auf dem Bundeskongress in Leipzig als Nachfolger von Frank Bsirske zur Wahl stellen. Christine Behle (50) und Andrea Kocsis (53) kandidieren als gleichgestellte Stellvertreterinnen. Behle gehört seit dem 19. September 2011 als Mitglied dem Bundesvorstand an und leitet den Fachbereich 11 (Verkehr). Kocsis ist seit 2007 stellvertretende ver.di-Vorsitzende und unter anderem Leiterin des Fachbereiches 10 (Postdienste, Speditionen und Logistik).

Das Präsidium ist überzeugt, dass eine große Mehrheit der Delegierten des Bundeskongresses den Vorschlägen zustimmen wird. „Alle drei Personen haben jahrzehntelange Führungserfahrung in



Frank Werneke, derzeit stellvertretender ver.di-Vorsitzender

jetzt Zeit für eine Vorsitzende sei, „weil ver.di als Gewerkschaft einen sehr hohen Frauenanteil in der Mitgliedschaft und auch unter den Führungskräften der Organisation aufweist“, wie Monika Brandl, Vorsitzende des ver.di-Gewerkschaftsrates feststellte. Allerdings zeigte sich, dass keine der angesprochenen Frauen den ver.di-Chefsessel anstrebt. Aber es gab Interesse geeigneter Kandidatinnen für die Stellvertretungen.

Eine externe Kandidatensuche gab es nicht, was die Findungskommission positiv bewertete. Das Führungsteam an der Spitze müsse die Organisation gut kennen, außerdem gebe es in den eigenen Reihen geeignetes Führungspersonal für diese Aufgabe.

Dem Gewerkschaftsrat wurden folgende Kandidatenvorschläge unterbreitet: der jetzige stellvertre-

ihren ver.di-Fachbereichen, davon haben sie viele Jahre schon an herausgehobener Funktion mit der Übernahme weiterer strategischer Aufgaben für die Organisation ihre Kompetenz bewiesen“, so Brandl. Gleichzeitig verweist sie darauf, dass Frank Werneke „zusammen mit Andrea Kocsis und Christine Behle für Kontinuität und Erfahrung“ stehe, „aber auch für neue Wege“ werben werde.

Anfang November wird das Präsidium diesen Personalvorschlag dem Gewerkschaftsrat vorlegen. Dort stellen sich die drei KandidatInnen persönlich vor. Schon im Oktober befasst sich das Präsidium mit den weiteren Personalvorschlägen für die Bundesvorstandspositionen.

Die ver.di-Führung übernimmt also vermutlich Frank Werneke im September 2019.

Damit folgt dann Frank auf Frank.

Horst Bosetzky (-ky) ist gestorben



© CC0

-ky, wie ihn viele nur nannten, war von Mai 2000 bis Juni 2014 Vorsitzender des VS Berlin. Er feierte im Februar 2018 noch seinen 80. Geburtstag. Als Kind aus Neukölln blieb er sein Leben lang Berlin nicht nur literarisch treu.

Horst Bosetzky begann während des Studiums Kriminalgeschichten zu schreiben und veröffentlichte insgesamt über fünfzig Bücher. Mit seinen Werken prägte er den

Begriff des Sozio-Krimis. Er verfasste zahlreiche Hörspiele und Drehbücher; einige seiner Kriminalromane wurden verfilmt. Von 1973 bis 2000 war er Professor für Soziologie an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege der Stadt Berlin.

-ky engagierte sich nicht nur im VS. Er war Mitbegründer des »Syndikats«, der Vereinigung deutscher Krimi-Autorinnen und Autoren, in dessen Vorstand er zehn Jahre saß. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern des bundesweiten Autorenkreises Historischer Roman Quo Vadis.

Neben dem Glauser Ehrenpreis und dem ver.di-Literatur-Ehrenpreis erhielt er unter anderem das Bundesverdienstkreuz für seine Verdienste um die Literatur und die Autorinnen/Autoren. Der Vorstand des VS Berlin, vertreten durch die ehemalige Vorsitzende Astrid Vehstedt, ernannte Horst Bosetzky auf dem Neujahrsempfang 2018 zum Ehrevorsitzenden.

Die Lücke, die der Verlust von Horst Bosetzky reißt, ist groß.

Der Vorstand des VS Berlin spricht den Angehörigen sein tief empfundenes Mitgefühl aus.

37. Haftjahrestag am 9. Dezember 2018

Freiheit für Mumia Abu-Jamal

Von Peter Asmussen

Ein Polizist schlug am 9. Dezember 1981 bei einer Verkehrskontrolle in Philadelphia auf Mumia Abu-Jamals Bruder ein. Der Polizist schoss auf Mumia, als dieser seinem Bruder zur Hilfe eilte. Der prügelnde Polizist wurde von einem anderen Anwesenden erschossen, Mumia überlebte einen Lungenschuss.

In den Jahren davor berichtete er als kritischer Journalist regelmässig über behördliche Korruption, staatlichen Rassismus und die damals wie heute meist tödliche Polizeigewalt im US Bundesstaat Pennsylvania. Polizei und Staatsanwaltschaft nutzten die Gelegenheit dem afro-amerikanischen Journalisten einen bis heute unbewiesenen Mord in die Schuhe zu schieben und verurteilten ihn in einem manipulierten Verfahren. Das Urteil: Todesstrafe. Die Vollstreckung konnte bis heute durch eine weltweite Solidaritätswelle verhindert werden.

Jetzt, 37 Jahre später ist der Journalist noch immer einer von den 2,3 Millionen Gefangenen in den USA, die gegen die brutale Haft und Aus-

beutung in der Gefängnisindustrie kämpfen. Durchbrechen wir das Schweigen.



Kundgebung zum 37. Haftjahrestag Mumias am Sonntag, 9. Dezember 2018, um 14:00 Uhr vor der US-Botschaft in Berlin (Pariser Platz 2)

Freiheit für Mumia!

Weg mit der Todesstrafe - überall!

Abschaffung der Sklaverei in den USA und überall! → Wikipedia/Mumia

Zeit zum "Aufstehen"!

Von Herbert Schadewald



© CC BY-NC-SA 2.0 Dennis Wegner

„Es geht nicht fair zu. Nicht in unserem Land, nicht in Europa und auch nicht auf der großen Bühne der Weltpolitik.“ Mit diesen Worten beginnt der Gründungsaufzug, mit dem 85 Unterstützer am 4. September zum „Aufstehen“ auftraten und damit eine Sammelbewegung für eine gerechtere und sozialere Politik in Deutschland initiierten. Es sind Angestellte, Gewerkschafter, Journalisten, Künstler, Politiker, Studenten, Theologen, Unternehmer, Wissenschaftler – beiderlei Geschlechts natürlich. Zum Start wurde kein fertiges Programm vorgelegt, das soll „gemeinsam mit unseren Anhängern“ erarbeitet werden.

In ihrem Aufruf ist von „einem Land voller Widersprüche“ die Rede. Deutschland baue zwar „international gefragte Autos und Maschinen, aber unsere Kinder schicken wir in marode Schulen“, in denen das Lehrpersonal fehle und Unterricht ausfalle. Menschen in Leiharbeit oder in Niedriglohnjobs hätten kaum eine Entwicklungschance. „Die Vermögensungleichheit ist so hoch wie zu Kaiser Wilhelms Zeiten“, resümieren die Verfasser des Gründungsaufzuges. „Wir nehmen das nicht mehr hin. Wir wollen nicht in einer Gesellschaft leben, die sozial immer tiefer gespalten ist“, daher fordern sie jeden Bürger zum „Aufstehen“ auf.

Den links-liberalen Parteien (Grüne, Linke und SPD) gelang es im letzten Jahrzehnt nicht, ein verlässliches Bündnis für eine sozialere Politik zu schmieden. Das politische Gegenkonzept fehlte, ein Machtwechsel war damit nicht

möglich. Jetzt will die Sammelbewegung parteiübergreifend alle erreichen, die sich von der bisherigen Politik vernachlässigt und abgehängt fühlen. „Bei uns hat jede Stimme Gewicht. Wir setzen auf eine neue Nähe und direkte Kommunikation“, erklären die „Aufstehen“-Initiatoren.

Durch Aufklärungen und Diskussionen soll ein gesellschaftlicher Druck entstehen, der die Politiker zum Handeln zwingt. Die grundsätzlichen Aktionsziele sind:

- eine neue Friedenspolitik
- sichere Jobs, gute Löhne, gerechte Steuern und ein erneuerter starker Sozialstaat
- naturverträgliches Wirtschaften
- Privatisierungen stoppen und rückgängig machen
- exzellente Bildung für alle
- Demokratie retten
- Sicherheit im Alltag
- ein geeintes Europa mit souveränen Demokratien
- Hilfe für Menschen in Not.

Das detaillierte Programm soll sich „Aufstehen“ in einem transparenten Diskussionsprozess selbst erarbeiten. Je mehr sich sammeln, desto größer werden die Macht und die Möglichkeiten für die notwendigen Veränderungen. Bereits vor dem Start zum „Aufstehen“ hatten sich über 100.000 Bürger auf der Internetseite www.aufstehen.de registriert - und seitdem werden es ständig mehr. Viele spüren es immer deutlicher: Es geht nicht fair zu in unserem Land. Deshalb ist es höchste Zeit zum „Aufstehen“.

Keine schmutzigen Deals mit Erdoğan!

Auf Einladung des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier wird der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan am 28. September zu einem zweitägigen Besuch in Berlin erwartet. Bei seinem Staatsbesuch wird Erdoğan mit allen militärischen Ehren empfangen werden. Geplant ist, dass er einen Kranz in der Gedenkstätte der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft niederlegen wird. Was für ein Zynismus!

Präsident Erdoğan treibt sein Land immer weiter in Richtung einer Diktatur. Die Liste der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei ist seit Erdoğan's Amtsübernahme immer länger geworden. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen, aber auch die OSZE und die UN haben die Entlassungs- und Verhaftungswellen (von denen auch deutsche Staatsbürger betroffen waren und sind), die Gleichschaltung der Medien, die völkerrechtswidrigen Kriegshandlungen gegen die eigene Bevölkerung in den kurdischen Gebieten sowie Vertreibungen und Enteignungen von politischen Gegnern eindrücklich dokumentiert und entsprechend deutlich kritisiert.

Wir treten für gute deutsch-türkische Beziehungen ein. Aber der autokratisch regierende Erdoğan

betreibt eine aggressive antidemokratische, antisäkulare, antisemitische und frauenfeindliche Politik voran, die die Türkei und die gesamte Region zunehmend in Chaos stürzt. Unter diesen Umständen kann und darf es keine Normalisierung der Beziehungen geben.

Die bisherige Türkei-Politik der Bundesregierung hat nicht zu einer Mäßigung oder gar demokratischen Umkehr Erdoğan's beigetragen. Im Gegenteil: Insbesondere die deutschen Waffenexporte befördern die negativen Entwicklungen in der Türkei. Sie müssen daher umgehend und vollständig gestoppt werden. Generell gilt: Die Bundesregierung darf bei ihren Gesprächen mit Erdoğan keinerlei Zusagen machen, die die derzeitige türkische Regierung stärken würde. Ihre Politik der Unterdrückung, Bevormundung und Ausgrenzung darf keine Unterstützung erfahren. Es wäre fatal, wenn Erdoğan seinen Deutschland-Besuch in der Türkei für seine Interessen nutzen könnte.

Wir stellen uns gegen jegliche schmutzigen Deals zwischen beiden Staaten und erklären unsere Solidarität mit den demokratischen Kräften in der Türkei.



© pekuaus